

Neues Netzwerk fordert verbindliche Verantwortung der Unternehmen ein

Organisationen gründen CorA-Netzwerk zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Ziele

Berlin, 25. 9. 2006 - Erstmals formiert sich ein Netzwerk vieler Organisationen in Deutschland, um von Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechten sowie international anerkannten sozialen und ökologischen Standards zu fordern. Am neuen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA; „Corporate Accountability“) beteiligen sich unter anderen Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen sowie Verbraucher- und Umweltverbände. CorA fordert vor allem von der Politik Instrumente, mit denen sich verantwortliches Handeln der Unternehmen durchsetzen lässt.

In der Gründungserklärung richten die Organisationen sechs Hauptforderungen an die Politik: Sie soll durchsetzen, dass Unternehmen Rechenschaft ablegen über die Auswirkungen ihres Handelns auf Umwelt, Soziales und Menschenrechte. Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf nur an Unternehmen erfolgen, die gesellschaftliche Anforderungen erfüllen. Zudem sollen Unternehmenspflichten in internationalen Wirtschaftsabkommen und bei der Wirtschaftsförderung verankert werden. Unternehmen sollen gerecht zum Nutzen der Gesellschaft besteuert werden. Das CorA-Netzwerk fordert weiter Sanktionen und Haftungsregeln für Unternehmen. Die Produktverantwortung soll gestärkt und zukunftsfähige Konsum- und Produktionsmuster gefördert werden.

Heinz Fuchs, EED: „Es besteht ein großes Gefälle zwischen dem Anspruch internationaler Normen und der Wirklichkeit. Insbesondere Menschen in Entwicklungsländern leiden unter sozialen und ökologischen Rechtsverletzungen durch transnationale Konzerne.“

Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands: „Anerkannte soziale und politische Rechte von arbeitenden Menschen werden weltweit verletzt. Unsere Erfahrungen zeigen, dass nur konkrete Pflichten und wirksame Kontrollmöglichkeiten die Unternehmen zu einer menschenwürdigen Praxis führen. Ohne verbindliche Regeln gibt es keinen fairen Wettbewerb.“

Cornelia Heydenreich, Germanwatch: „Mit diesem neuen Netzwerk wollen wir gemeinsam mehr Druck machen, um Unternehmen zu verpflichten, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen. Dafür ist ein breites Netzwerk mit Akteuren aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft eine wichtige Voraussetzung.“

Peter Fuchs, WEED: „Der Staat ist insbesondere in der Verantwortung, einerseits Regeln zu schaffen und andererseits über eigene Instrumente wie das öffentliche Beschaffungswesen ökologische und soziale Anforderungen selbst durchzusetzen.“

Brigitte Behrens, Geschäftsführerin von Greenpeace: „International agierende Unternehmen sind für zahlreiche ökologische Schäden verantwortlich. Nur wenn die Unternehmen dafür zur Rechenschaft gezogen werden und für die Schäden haften müssen, werden sie sich künftig auch an Standards halten.“

Patrick von Braunmühl, stellv. vzbv Vorstand: „Viele Produkte in den Supermärkten und Kaufhäusern sind unter Verletzung von grundlegenden Sozial- und Umweltstandards hergestellt worden. Um Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, ein positives Verhalten von Unternehmen zu honorieren, sollten Unternehmen leicht verständliche und glaubwürdige Informationen darüber bereitstellen, in wie weit sie soziale und ökologische Normen achten. Der Staat muss hierfür geeignete Rahmenbedingungen schaffen.“

Erstunterzeichner der Gründungserklärung des Netzwerkes sind: Attac, BanaFair, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Christliche Initiative Romero (CIR), Coordination gegen BAYER-Gefahren, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Earthlink, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), FIAN - Deutschland, Forschung & Kommunikation für Konsum, Umwelt und Soziales (FoKus), Germanwatch, Global Policy Forum Europe (GPF), Greenpeace Deutschland, INKOTA-netzwerk, Kampagne für saubere' Kleidung, Lobbycontrol, Nord-Süd-Forum München, Oxfam Deutschland, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), Solidaritätsfonds Demokratische Medien, Stiftung Soziale Gesellschaft - Nachhaltige Entwicklung, Südwind, terre des hommes Deutschland, Transparency International Deutschland, urgewald, Verbraucher Initiative, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED).

Die Erklärung ist einsehbar unter www.cora-netz.de.

Für Rückfragen und Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an:

Patrick von Braunmühl, vzbv, 030/25800-100, wirtschaft@vzbv.de

Heinz Fuchs, EED, 0228/8101 2302, tourism-watch@eed.de

Peter Fuchs, WEED, 0177/ 633 4900, peter.fuchs@weed-online.org

Cornelia Heydenreich, Germanwatch, 030/2888 3564, heydenreich@germanwatch.org

Daniel Mittler, Greenpeace, 0171/876 5345, daniel.mittler@diala.greenpeace.org

Uwe Wötzel, ver.di, 0175/266 1679, uwe.woetzel@verdi.de